

# Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser

Vom 28. November bis zum 16. Dezember 2022 versammelten sich die eidgenössischen Räte zur Wintersession. Während drei Wochen berieten sie sich unter anderem über gesundheitspolitische Geschäfte und trafen wichtige Entscheidungen für die Schweiz.

Dabei wurden die Ausbildungsoffensive als 1. Paket zur Umsetzung der Pflegeinitiative und die Vorlage zur Änderung des Covid-19-Gesetzes von beiden Räten angenommen. Ausserdem wurden weitere Geschäfte in den Bereichen Kosten sowie Versorgung und Digitalisierung im Gesundheitswesen behandelt.

Einen Überblick über die wichtigsten Beschlüsse im Bereich Gesundheitspolitik erhalten Sie im Teil «Sessionsrückblick». Der zweite Teil dieser Ausgabe enthält weitere relevante gesundheitspolitische Entscheide und Meldungen im vierten Quartal.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre.

Ihr Team von MSD



## Sessionsrückblick

Die folgenden Geschäfte behandelten die eidgenössischen Räte während der Wintersession 2022.

Bei positivem Endresultat potenzielles Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

21.063 Geschäft des Bundesrates

KOSTEN

Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative). Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag

Status: von beiden Räten behandelt. Fristverlängerung bis zum 3.10.2023.

Der Bundesrat will die Finanzierung der Prämienverbilligung der Krankenversicherung verbessern. An seiner Sitzung vom 17. September 2021 hat er die Botschaft verabschiedet und ans Parlament überwiesen. Er lehnt die Initiative «Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)» ab und legt einen indirekten Gegenvorschlag vor. Dieser sieht vor, dass der Beitrag jedes Kantons an die Prämienverbilligungen einem Mindestprozentsatz seiner Gesundheitskosten entsprechen soll.

Relevant u. a. für Kantone, Krankenversicherungen und Prämienzahler:innen

Quelle: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?Affairld=20210063

22.3372 Motion

Eingereicht von Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit NR

KOSTEN

Einführung der einheitlichen Finanzierung der Leistungen nach KVG. Kostenneutralität überprüfen

Status: vom Ständerat angenommen. Motion an Nationalrat.

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Evaluation der einheitlichen Finanzierung der Leistungen nach KVG durchzuführen. Er soll dabei insbesondere prüfen, ob die Einführung für die Kantone und Versicherer bezogen auf die Jahre 2016 bis 2019 kostenneutral war und ob der höhere finanzielle Beitrag einzelner Kantone sich in entsprechend tieferen Prämien in diesen Kantonen niedergeschlagen hat. Der Bundesrat soll dem Parlament nötigenfalls eine Anpassung von Artikel 60 Absatz 3 vorschlagen.

Relevant u. a. für Kantone, Krankenversicherungen

Quelle: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20223372

KOSTEN

22.3379 Motion

Eingereicht von Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR

Stärkung und Finanzierung der Patientenorganisationen im Bereich seltener Krankheiten

Status: von beiden Räten angenommen.

Der Bundesrat wird beauftragt, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, um die Aufgaben, welche der Dachverband im Bereich seltene Krankheiten für das Gesundheitswesen und bei der Umsetzung des Nationalen Konzepts Seltene Krankheiten erbringt, mittels Leistungsverträgen finanziell nachhaltig zu sichern. Leistungsverträge müssen vor allem die folgenden Aufgaben berücksichtigen:

- Information und Beratung
- Expertentätigkeit in Gremien und Projekten
- Organisation und Koordination der Patientenpartizipation

Relevant u. a. für Patientenorganisationen im Bereich seltene Erkrankungen, Patient:innen

Quelle: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20223379





Bei positivem Endresultat potenzielles Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 - 2 Jahren

22.3793 Motion

Eingereicht von Sozialdemokratische Fraktion

KOSTEN

Kaufkraft schützen. Abfederung des Prämienschocks 2023 durch sofortige Erhöhung des Bundesbeitrages an die individuelle Prämienverbilligung

Status: vom Ständerat abgelehnt und somit vom Tisch.

Der Bundesrat wird beauftragt, mit einem dringlichen, zeitlich auf ein Jahr befristeten Bundesbeschluss den Beitrag des Bundes an die Individuelle Prämienverbilligung (IPV) für das Jahr 2023 um 30 Prozent zu erhöhen. Der zusätzliche Betrag wird an die Kantone unter der Voraussetzung ausgerichtet, dass sie ihren Beitrag nicht reduzieren.

Relevant u. a. für Bevölkerung, Krankenversicherungen, Kantone

Quelle: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20223793

VERSORGUNG

22.040 Geschäft des Bundesrates

Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege. Bundesgesetz

Status: von beiden Räten angenommen.

Die Pflege-Ausbildungsoffensive, die den Schweizer Spitälern und Heimen zum benötigten Pflegepersonal verhelfen soll, kann starten. Das Parlament hat die nötigen Gelder dafür freigegeben und die Gesetzesgrundlagen bewilligt. Die Offensive soll acht Jahre lang laufen und von Bund und Kantonen mit bis zu einer Milliarde Franken alimentiert werden. Sie war ein Teil des indirekten Gegenvorschlages zur 2021 angenommenen Pflege-Initiative.

Relevant u. a. für Spitäler, Pflegeeinrichtungen, Bund, Kantone und Mitarbeitende in Pflegeberufen

Quelle: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220040

VERSORGUNG

20.3211 Motion

Eingereicht von Damian Müller FDP. Die Liberalen

Für mehr Handlungsspielraum bei der Beschaffung von Medizinprodukten zur Versorgung der Schweizer Bevölkerung

Status: von beiden Räten angenommen.

Die Schweiz akzeptiert bis heute ausschliesslich Medizinprodukte gemäss dem Zulassungssystem der Europäischen Union (EU), namentlich CE- oder MD-gekennzeichnete Produkte, für die nationale Versorgung. Dies vor dem Hintergrund, dass die EU der wichtigste Handelspartner der Schweiz ist.

Der Bundesrat wird beauftragt, die Gesetzgebung so anzupassen, dass in der Schweiz auch Medizinprodukte aussereuropäischer Regulierungssysteme zugelassen werden können.

Relevant u. a. für Bevölkerung, Krankenversicherungen

Quelle: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft? AffairId=20203211





Bei positivem Endresultat potenzielles Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 - 2 Jahren

DIGITALISIERUNG

21.3021 Motion

Eingereicht von Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR

Mehrwert für Forschung und Gesellschaft durch datenbasierte Okosysteme im Gesundheitswesen

Status: vom Ständerat abgelehnt und somit vom Tisch.

Der Bundesrat wird beauftragt, eine multidisziplinäre Arbeitsgruppe einzusetzen, um einen Bericht über die verantwortungsvolle Erhebung und Nutzung von Gesundheitsdaten und die Anforderungen an ein offenes Gesundheitsdaten-Ökosystem zu erstellen.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20213021

DIGITALISIERUNG

20.3209 Motion

Eingereicht von Damian Müller FDP. Die Liberalen

Elektronische Rezepte für Heilmittel. Bessere Qualität und höhere Patientensicherheit

Status: von beiden Räten angenommen.

Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit Rezepte für Heilmittel elektronisch im Rahmen des e-Medikationsprozesses ausgestellt und digital übertragen werden können. Der Gesetzesvorschlag verpflichtet Ärztinnen und Ärzte, Rezepte für Heilmittel digital auszustellen.

Relevant u. a. für Ärzteschaft

Quelle: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft? AffairId=20203209

COVID-19

22.046 Geschäft des Bundesrates

Covid-19-Gesetz. Änderung (Verlängerung und Änderung ausgewählter Bestimmungen)

Status: von beiden Räten in der Schlussabstimmung angenommen.

Mit der Rückkehr in die normale Lage per 1. April 2022 haben die Kantone wieder die Hauptverantwortung in der Bewältigung der Covid-19-Epidemie übernommen. Dem Bund sollen aber weiterhin einzelne bewährte Instrumente zum Schutz der öffentlichen Gesundheit zur Verfügung stehen. Der Bund musste noch bis Ende 2022 für die Kosten der Tests auf das Coronavirus aufkommen. Darauf hatten sich die Räte geeinigt. Seit 1. Januar müssen die Krankenkassen respektive die Patienten übernehmen. Weitere Massnahmen gegen Covid-19 gelten aber noch bis Mitte 2024.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220046





# Weitere gesundheitspolitische Entscheide im 4. Quartal

Im Folgenden erhalten Sie einen Überblick über aktuelle gesundheitspolitische Entscheide des Bundesrates sowie Meldungen vom Bundesamt für Gesundheit (BAG), Bundesamt für Statistik (BfS) und vom Schweizerischen Gesundheitsobservatorium OBSAN.

Senkung von Arzneimittelpreisen führt in den Jahren 2020 – 2022 zu Einsparungen von mindestens 250 Millionen Franken

Bundesrat

( KOSTEN

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat im Rahmen der dreijährlichen Überprüfung für das Jahr 2022 die Preise von gut 300 Arzneimitteln um durchschnittlich 10 % gesenkt. Es werden aufgrund dieser Überprüfung Einsparungen von mindestens 60 Millionen Franken erwartet. Dank der Überprüfungsperiode 2020 bis 2022 rechnet das BAG somit mit Einsparungen von mindestens 250 Millionen Franken. Das BAG prüft seit 2017 jährlich bei einem Drittel der Arzneimittel der Spezialitätenliste, ob sie wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich sind.

Relevant u. a. für Patient:innen, Krankenversicherungen, Pharmaindustrie, Apotheken

Quelle: https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-91129.html

(KOSTEN)

Mehrere Kostendämpfungsmassnahmen treten am 1.1.2023 in Kraft

Bundesrat

An seiner Sitzung vom 23. November hat der Bundesrat entschieden, mehrere Massnahmen zur Dämpfung der Gesundheitskosten auf den 1. Januar 2023 in Kraft zu setzen. Es handelt sich dabei um die Pflicht zur Datenbekanntgabe für Versicherer und Leistungserbringer im ambulanten Bereich, den Experimentierartikel sowie die Förderung von Pauschalen. Zudem setzt der Bundesrat das Bundesgesetz über die Datenweitergabe der Versicherer in Kraft. Er passt ausserdem die Zulassungsbedingungen für psychologische PsychotherapeutInnen an, die zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung abrechnen dürfen.

Relevant für das gesamte Gesundheitssystem

Quelle: https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-91847.html

(KOSTEN

Bundesrat genehmigt aktualisierte nationale Tarifstruktur für den stationären Bereich

Bundesrat

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 9. Dezember 2022 die aktualisierte, schweizweit einheitliche Tarifstruktur SwissDRG für den stationären akutsomatischen Bereich genehmigt.

Relevant u. a. für Spitäler

Quelle: https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-92119.html





KOSTEN

## Festsetzung Labortarife: Bundesrat eröffnet Vernehmlassung

Das Parlament hat den Bundesrat beauftragt, die Tariffestsetzung bei Laboranalysen anzupassen. Künftig sollen die Tarife für Laboranalysen nicht mehr vom Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) festgesetzt, sondern zwischen den Tarifpartnern ausgehandelt werden.

Bundesrat

Relevant u. a. für Labore, Patient:innen, Krankenversicherungen

Quelle: https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-92120.html

(KOSTEN)

## Bundesrat genehmigt Tarifverträge im ambulanten Bereich

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 16. Dezember 2022 Tarifverträge zur Abgeltung von Apothekerleistungen sowie zur Reproduktionsmedizin genehmigt.

Relevant u. a. für Apotheken, Spitäler, Ärzteschaft

Quelle: https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-92264.html

Bundesrat

PATIENTENSICHERHEIT

## Gesetz über genetische Untersuchungen stärkt den Schutz vor Missbrauch

Das Angebot an genetischen Tests hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Um Missbräuchen vorzubeugen und den Schutz der Persönlichkeit zu gewährleisten, wurde das Gesetz über genetische Untersuchungen beim Menschen (GUMG) 2018 umfassend revidiert. Es regelt neu auch genetische Tests ausserhalb des medizinischen Bereichs.

Relevant u. a. für die Bevölkerung

Bundesamt für Gesundheit BAG

PATIENTENSICHERHEIT

## Bundesrat lehnt Initiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» ab

Der Bundesrat beantragt dem Parlament, die Initiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» ohne Gegenvorschlag abzulehnen. (...). Die Initiantinnen und Initianten wollen mit einer Verfassungsänderung eine Impfpflicht und bei Bekämpfungsmassnahmen übertragbarer Krankheiten eine Differenzierung der Bevölkerung nach Impfstatus ausschliessen. Der Initiativtext geht indes weit über das Thema «Impfen» hinaus. Er verlangt generell, dass das Grundrecht auf körperliche und geistige Unversehrtheit vom Staat nur eingeschränkt werden darf, wenn die betroffene Person zustimmt. Dies würde in diversen gesellschaftlichen Bereichen zu Rechtsunsicherheit führen, etwa in der Strafverfolgung oder im Kindes- und Erwachsenenschutz. Bereits heute gilt zudem, dass in der Schweiz niemand gegen seinen Willen zu einer Impfung gezwungen werden darf.

Relevant u. a. für die Bevölkerung

Quelle: https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-92121.html

Bundesrat





PATIENTENSICHERHEIT

## Die Massnahmen der Strategie Antibiotikaresistenzen zeigen Wirkung – Antibiotikaeinsatz sinkt

Bundesrat

Der «Swiss Antibiotic Resistance Report 2022» zeigt: Ärzte- und Tierärzteschaft haben in den letzten Jahren immer weniger Antibiotika verschrieben. Auch der Anstieg der Resistenzraten konnte vorerst gebremst werden.

Relevant u. a. für die Bevölkerung

Quelle: https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-91361.html

PATIENTENSICHERHEIT

Strategie gegen Resistenzen: Bundesrat will die Einzelabgabe von Antibiotika vertieft prüfen

Bundesrat

Der Bundesrat will prüfen, ob die Einzelabgabe von Antibiotika schweizweit eingeführt werden soll. Er hat an seiner Sitzung vom 2. November 2022 einen entsprechenden Bericht verabschiedet. Mit der Einzelabgabe von Antibiotika sollen die korrekte Einnahme gefördert, eine unsachgemässe Entsorgung verhindert und Antibiotikaresistenzen reduziert werden.

Relevant für das gesamte Gesundheitssystem

Quelle: https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-91071.html

PATIENTENSICHERHEIT

## LGBT-Personen: Bericht stellt gesundheitliche Ungleichheiten fest

Bundesrat

Ein Forschungsbericht zeigt, dass lesbische, schwule, bisexuelle oder trans Personen (LGBT) in der Schweiz gesundheitlich benachteiligt sind. Dies vor allem hinsichtlich psychischer und sexueller Gesundheit sowie Substanzkonsum. Der Bundesrat will daher prüfen, wie LGBT-Personen besser erreicht werden können.

Relevant u. a. für LGBT-Personen

Quelle: https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-92125.html

(VERSORGUNG)

## Einführung einer Fachprüfung für medizinische Praxisassistentinnen und Praxisassistenten hat sich bewährt

Bundesrat

Die 2015 eingeführte Weiterbildung zur medizinischen Praxiskoordinatorin bzw. zum Praxiskoordinator (MPK) erfüllt die Erwartungen der Ärzteschaft. (...) Die Weiterbildung mit eidgenössischem Fachausweis ist bei medizinischen Praxisassistentinnen und Praxisassistenten (MPA) beliebt und trägt zur Qualität der Versorgung bei.

Relevant u. a. für Praxisassistent:innen, Ärzteschaft, Patient:innen

Quelle: https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-90889.html





VERSORGUNG

## Der Bundesrat will die aktuellen Massnahmen gegen Arzneimittelverschwendung weiterführen

Bundesrat

Arzneimittelverschwendung ist ein multifaktorielles Problem und die Bemühungen dagegen müssen an verschiedenen Punkten ansetzen. Zusammengefasst besteht die Antwort darin, das richtige Arzneimittel in der richtigen Menge zu verschreiben, abzugeben und zu verabreichen.

Relevant u. a. für Patient:innen, Ärzteschaft, Spitäler, Krankenversicherungen, Apotheken

Quelle: https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-91072.html

VERSORGUNG

## Zulassung von Ärztinnen und Ärzten: Die regionalen Versorgungsgrade nach Fachgebiet sind publiziert

Bundesrat

2020 haben die Kantone ein Instrument erhalten, um die Zulassung von Ärztinnen und Ärzten zu beschränken. Diese Zulassungsbeschränkung soll sich künftig unter anderem am regionalen Versorgungsgrad orientieren. Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) hat die entsprechende Verordnung auf den 1. Januar 2023 in Kraft gesetzt. Mit diesem Schritt soll eine Überversorgung von Ärztinnen und Ärzten im ambulanten Bereich verhindert und das Kostenwachstum gedämpft werden.

Relevant u. a. für Ärzteschaft und Spitäler

Quelle: https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-91950.html

VERSORGUNG

### Bundesrat genehmigt Strategische Ziele 2023 - 2026 von Swissmedic

Bundesrat

An seiner Sitzung vom 9. Dezember 2022 genehmigte der Bundesrat die strategischen Ziele 2023-2026 des Schweizerischen Heilmittelinstituts (Swissmedic). Eine leistungsfähige und unabhängige Heilmittelkontrolle, der Ausbau nationaler und internationaler Zusammenarbeit und die vertrauenswürdige Kommunikation mit der Öffentlichkeit bleiben Schwerpunkte. In der neuen Strategieperiode erhalten Innovationsbegleitung und fortschreitende Digitalisierung mehr Bedeutung.

Relevant u. a. für Bevölkerung, Pharmaindustrie

Quelle: https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-92133.html

DIGITALISIERUNG

## Digitale Transformation im Gesundheitswesen: Fachgruppe Datenmanagement hat ihre Arbeit aufgenommen

Bundesamt für Gesundheit BAG

Der Datenaustausch und das Zusammenspiel zwischen den Akteuren im Gesundheitswesen müssen verbessert werden. Dazu müssen Daten inhaltlich, strukturell und technisch standardisiert sein. Eine Fachgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Kantonen, Organisationen und Interessenverbänden des Gesundheitswesens, sowie Fachexpertinnen und -experten aus dem Bereich Data Science hat an ihrem ersten Treffen erste Handlungsfelder zur Verbesserung des Datenmanagements im Gesundheitswesen identifiziert

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

 $\underline{Quelle: https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-90422.html}$ 





FORSCHUNG

### Wege für eine bessere Nutzung wissenschaftlicher Expertise in Krisenzeiten

Bundesrat

Die Wissenschaft ist stärker in die Politikgestaltung einzubeziehen, vor allem in Krisen. Es ist jedoch nicht möglich, dass für jede denkbare Krise ein Referenzinstitut geschaffen wird. Sicher aber müssen sich Forschende im Hinblick auf Politikberatung vernetzen und die Anlaufstellen bei Politik und Verwaltung kennen. Zwischen den Behörden und den wissenschaftlichen Organisationen braucht es einen regelmässigen Austausch. Verbesserungspotenzial ortet der Schweizerische Wissenschaftsrat SWR zudem bei der Krisentauglichkeit von ausserparlamentarischen Kommissionen sowie den Regeln für wissenschaftliche Task Forces.

Relevant u. a. für wissenschaftliche Organisationen, Politik

Quelle: https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-91554.html

### STATISTIK

## Medizinisches Kodierungshandbuch. Der offizielle Leitfaden der Kodierrichtlinien in der Schweiz

Version 2023.

Im Rahmen der Medizinischen Statistik werden sämtliche stationären Spitalaufenthalte erfasst. Die Erhebung, die in allen Krankenhäusern und Kliniken durchgeführt wird, umfasst neben administrativen Daten und soziodemografischen Merkmalen der Patientinnen und Patienten auch die Diagnosen und Behandlungen.

Relevant u. a. für Spitäler, Ärzteschaft

Quelle: https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.23446572.html

Schweizerische Eidgenossenschaft Confederazione Svizzera Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik

## STATISTIK

### Strukturdaten der Arztpraxen und ambulanten Zentren 2020

12.1 Milliarden Franken Umsatz in den Arztpraxen.

Ende 2020 waren in der Schweiz 16 876 Arztpraxen und ambulante Zentren tätig. Sie erzielten gesamthaft einen Jahresumsatz in Höhe von 12.1 Milliarden Franken. Mehr als jede zweite Arztpraxis führt die Krankengeschichten elektronisch.

Relevant u. a. für Ärzteschaft, Patient:innen, Gesundheitssystem

Quelle: https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.23404822.html

Schweizerische Eidgenossenschaft Confédération suisse Confederazione Svizzera Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik

## STATISTIK

### Statistiken der Spitalbetriebe 2021

2021 kam es in der Schweiz zu 1.46 Millionen Hospitalisierungen. Nach einem Rückgang im Jahr 2020 wurde damit praktisch wieder der Stand vor der Pandemie erreicht. Bei den ambulanten Konsultationen war 2021 im Vergleich zu 2019 eine deutliche Zunahme zu verzeichnen. Sie stiegen um 14.3% auf 24.4 Millionen, was zu einem erheblichen Teil auf die reinen Covid-19-Konsultationen zurückzuführen war, die den Rückgang der Hospitalisierungen im Jahr 2020 wieder wettmachten. Die Betriebskosten sämtlicher Spitäler zusammengenommen lagen 2021 bei über 32.9 Milliarden Franken.

Relevant u. a. für Ärzteschaft, Spitäler, Patient:innen





Schweizerische Eidgenossenschaft Confédération suisse Confederazione Svizzera Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik





STATISTIK

**STATISTIK** 

## Hospitalisierungen mit einer Covid-19-Diagnose, 2020 und 2021

2021 wurde bei rund 43 300 Hospitalisierungen eine Covid-19-Diagnose gestellt. Diese Zahl ist höher als 2020 (40 893). In den Jahren 2020 und 2021 machten diese Hospitalisierungen 3% aller Spitalaufenthalte aus, nahmen aber 22% der in der Intensivpflege verbrachten Stunden in Anspruch. 11 % der mit einer Covid-19-Diagnose hospitalisierten Personen sind im Spital gestorben. Zwischen März und Dezember 2021 wurden rund 1 400 Personen aufgrund unerwünschter Nebenwirkungen einer Covid-19-Impfung hospitalisiert.

Schweizerische Eidgenossenschaft Confédération suisse Confederazione Svizzera Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik

Relevant u. a. für Ärzteschaft, Spitäler, Patient:innen

Quelle: https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.gnpdetail.2022-0165.html

## Behandlung von psychischen Störungen bei jungen Menschen in den Jahren 2020 und 2021

Zwischen 2020 und 2021 stieg die Zahl der stationären Spitalaufenthalte wegen psychischer und Verhaltensstörungen bei Mädchen und jungen Frauen im Alter von 10 bis 24 Jahren um 26 %, bei gleichaltrigen Männern um 6 %. Zum ersten Mal waren psychische Störungen die häufigste Ursache für eine Hospitalisierung bei den 10- bis 24-Jährigen (19 532 Fälle), gefolgt von Verletzungen (19 243 Fälle). Die Spitaleinweisungen aufgrund von Suizidversuchen nahmen in derselben Altersgruppe um 26 % zu, die ambulanten psychiatrischen Leistungen im Spital um 19 %.

Relevant u. a. für Ärzteschaft, Spitäler, Patient:innen

 $\underline{Quelle: https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.gnpdetail.2022-0673.html.}$ 

### Schweizerische Eidgenossenschaft Confédération suisse Confederazione Svizzera Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik

## Krebs in der Schweiz 2015 - 2019

Die Zahlen über die Krebsinzidenz und -mortalität (...). Die Statistik der Periode 2015 – 2019 liefert einen Überblick über die krebsbedingten Neuerkrankungen und Sterbefälle (Anzahl Fälle und Raten) sowohl bei Männern als auch bei Frauen und zeigt die Veränderungen seit 1990.

Relevant u. a. für Ärzteschaft, Spitäler, Patient:innen, Bevölkerung

Quelle: https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.gnpdetail.2022-0199.html

### Schweizerische Eidgenossenschaft Confédération suisse Confederazione Svizzera Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik

STATISTIK

STATISTIK

## Regionale Versorgungsgrade pro Fachgebiet als Grundlage für die Höchstzahlen in der ambulanten ärztlichen Versorgung

(...) Im Zusammenhang mit der Verordnung über die Festlegung der Höchstzahlen für Ärztinnen und Ärzte im ambulanten Bereich stellen die regionalen Versorgungsgrade ein zentrales Element dar: Sie zeigen auf, inwiefern das Ist-Leistungsvolumen in einer Region dem Soll-Leistungsvolumen entspricht.

Der Bericht beschreibt die Methodik zur Herleitung regionaler Versorgungsgrade und präsentiert die berechneten Versorgungsgrade für mehr als 30 medizinische Fachgebiete.

Relevant u. a. für Ärzteschaft, Spitäler, Patient:innen, Bevölkerung

Quelle: https://www.obsan.admin.ch/de/publikationen/2022-regionale-versorgungsgrade-pro-fachgebiet-alsgrundlage-fuer-die-hoechstzahlen







STATISTIK

## Regionale Unterschiede im Zugang zur medizinischen Versorgung

(...) Der Bericht präsentiert eine weiterentwickelte Version einer vom Obsan eigens entwickelten Methodik zur Analyse regionaler Unterschiede in der Versorgungsdichte am Beispiel der Hausarztmedizin. Die Methodik geht von der räumlichen Verteilung der Wohnbevölkerung aus, berücksichtigt aber auch die Pendlerströme, den Tourismus, den Bedarf aus dem Ausland sowie die Unterschiede im Versorgungsbedarf, die sich aus einer regional unterschiedlichen Zusammensetzung der Bevölkerung ergeben.

Relevant u. a. für Ärzteschaft, Spitäler, Patient:innen, Bevölkerung

 $\label{thm:publikationen} \begin{tabular}{ll} Quelle: https://www.obsan.admin.ch/de/publikationen/2022-regionale-unterschiede-im-zugang-zur-medizinischen-versorgung \end{tabular}$ 

Schweizerlsches Gesundheitsobservatorium







## **Frühlingssession**

Vom 27. Februar bis 17. März 2023 treffen sich die eidgenössischen Räte zur Frühlingssession.

## Volksabstimmung

Für den Abstimmungstermin vom 12. März 2023 liegen keine Erlasse des Bundes zur Abstimmung vor. Somit gibt es dann keinen eidgenössischen Urnengang.

Quelle: https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-90899.html

